

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

45. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 21. Mai 2003

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksachen 15/987, 15/993)

3732 D

Anlage 19

Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung der Viehbestände in den neuen Ländern

MdIANfr 48 **Petra Pau** fraktionslos

Antw Dr. Gerald Thalheim, Parl. Staatssekretär BMVEL

3789 A

Anlage 19

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Dr. Gerald Thalheim auf die Frage der Abgeordneten **Petra Pau** (fraktionslos) (Drucksache 15/987, Frage 48):

Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung die Festlegung in der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, die Viehbestände in den neuen Ländern zu erhöhen, umzusetzen?

Die Bundesregierung unterstützt alle Bestrebungen, die Tierhaltung in den neuen Ländern zu erhöhen. Hintergrund sind die damit verbundenen Erwartungen an die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen gerade in den strukturschwachen ländlichen Gebieten der neuen Länder.

Möglichkeiten der staatlichen Unterstützung dieses Prozesses sind insbesondere die Investitionsförderung, das Baurecht sowie das Bauordnungsrecht.

Hinsichtlich einer investiven Förderung erweist sich der EU-rechtlich geforderte Nachweis normaler Absatzmöglichkeiten für die durch Aufstockungsförderung zusätzlich geschaffenen Kapazitäten als besonders problematisch. Dieser Nachweis obliegt der jeweiligen Programmplanungsebene, das heißt hier den neuen Ländern. Die Bundesregierung wird die Bemühungen der neuen Länder bei der Abstimmung der Möglichkeiten einer Aufstockungsförderung mit der Europäischen Kommission unterstützen und prüft einen Ausgleich über Landesgrenzen.

Bau- und Bauordnungsrecht liegen im Wesentlichen in der Zuständigkeit der Länder. Hier bedarf es Anstrengungen der Länder, die Genehmigungsprozesse sinnvoll und effizient zu gestalten. Der Bund könnte hier zwischen den Ländern koordinieren.

Besonders wesentlich für den Aufbau der Tierbestände in den neuen Ländern ist jedoch nach Auffassung des Bundes und der neuen Länder, die Widerstände in der Bevölkerung gegen Tierhaltungsanlagen abzubauen und zu werben für die Schaffung von Arbeitsplätzen in den strukturschwachen ländlichen Gebieten. Dies ist in erster Linie eine Herausforderung für die Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern.